

ODE AN DIE FREUDE

Die Welt feiert Beethovens 250. Geburtstag. Klaus Harer beschreibt die zentrale Bedeutung des Komponisten für die russische Musikentwicklung.

Seite 13



P E T E R S B U R G E R DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

TRAUER UM SCHÄTZE

Im 2. Weltkrieg raubten die Deutschen russisches Kulturgut, manches retteten sie, manches blieb verschollen. Corinna Kuhr-Korolev bilanziert.

Seite 15

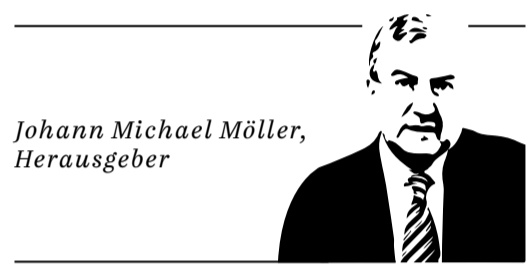


ISSN: 2566-8668

Krieg der Erinnerungen

Es könnte das letzte Mal sein, dass Europa des Kriegsendes vor 75 Jahren in der Überzeugung gedenkt, den alliierten Sieg über Nazideutschland als den großen gemeinsamen „Erinnerungsort“ seiner jüngeren Geschichte zu betrachten. Die letzten Vertreter der Kriegsgeneration sterben aus und ihre Zeitzeugenschaft muss dem Deutungswettbewerb der Nachgeborenen weichen. Aus der Erinnerung an den Krieg ist längst, wie es die junge russische Historikerin Ekaterina Makhotina formuliert hat, ein „Krieg der Erinnerungen“ geworden.

Dieser wird nicht nur laut und vernehmlich zwischen Russland, Polen und den baltischen



Johann Michael Möller, Herausgeber

Staaten ausgetragen, sondern hat mit der jüngsten Resolution des Europaparlaments zur „Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins“ auch die ganze Union erreicht. Darin wird ein geschichtspolitischer Perspektivwechsel vollzogen, der in den mittelosteuropäischen Beitrittsländern schon länger im Gange ist. Radikaler könnte der nicht sein.

Denn er rückt den berichtigten Hitler-Stalin-Pakt ins Zentrum der europäischen Erinnerungskultur und macht ihn dadurch zum eigentlichen Ausgangspunkt des Zweiten Weltkriegs. Hitler und Stalin, heißt das im Klartext, treffe im Grunde dieselbe Schuld.

In russischen Ohren muss dieser Vorwurf ungeheuerlich klingen, denn er stellt mit dem Sieg über den Faschismus nicht nur den zweiten Gründungsmythos der alten Sowjetunion infrage, sondern betrifft auch das heutige Selbstverständnis Russlands. Dort empfindet man den eigenen Beitrag zur Befreiung Europas vom Faschismus immer noch als die letzte moralische Errungenschaft, die vom sowjetischen Erbe übriggeblieben ist. Jetzt sind wir also nur noch die Täter, bemerkt der Historiker Alexey Miller bitter, und die anderen sind nur die Opfer.

Dass diese geschichtspolitische Wende des Europaparlaments in Deutschland vergleichsweise wenig beachtet wurde, ist umso verwunderlicher, als in letzter Konsequenz auch das deutsche Selbstverständnis von der Singularität der Naziverbrechen in Frage gestellt wird. Das hat nichts mit einem westeuropäisch dominierten Weltbild zu tun, das die besondere Tragik Ostmitteleuropas verkennt. Es geht am Ende um ein gemeinsames Grundverständnis der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, das nicht auf dem Altar nationaler Geschichtsstrategien geopfert werden darf.

#12

ARCHITEKT DES AUTORITÄREN

Wladimir Putin regiert seit 20 Jahren. Katja Gloger stellt dem faktischen Zaren einer auferstandenen Großmacht ein Zwischenzeugnis aus.

Seite 3

ALTES, NEUES FEINDBILD

Matthias Platzeck will wieder mehr Partnerschaft mit Russland wagen und verlangt in seinem neuen Buch eine neue Ostpolitik. Ein Vorabdruck

Seite 5

PUTINS NEUER

Hat die Berufung von Dmitri Kosak als Ukraine-Berater Einfluss auf die Lage im Donbass? Vladimir Solovjev ist optimistisch.

Seite 6



JAHRE

KRIEGSENDE

Licht und Schatten des Neubeginns Seiten 8 – 11

Das Spiel ist aus

In Syrien haben Europa und die USA versagt und ihre Glaubwürdigkeit verspielt, gesiegt hat die Autokratie

VON KRISTIN HELBERG

Nach fast neun Jahren ist der Konflikt in und um Syrien nicht gelöst, aber entschieden. Gewonnen haben das syrische Regime, Russland, Iran und ein bisschen auch die Türkei. Sie wussten, was sie wollten, waren bereit, alles dafür zu tun und passten die eigenen Strategien pragmatisch der Kriegsdynamik an. Verloren haben die USA und Europa, die den Wunsch vieler Syrer nach einem Leben in Freiheit und Würde halbherzig und planlos unterstützten.

Der Westen hat viel geredet und wenig getan und mit dieser Lücke zwischen Worten und Taten die eigene Glaubwürdigkeit verspielt. Er konnte mit seinem System aus internationalen Absprachen, moralischen Prinzipien und demokratisch legitimierten Institutionen weder den Syrern helfen noch den Krieg beenden. Die liberale Demokratie hat im Syrien-Konflikt folglich versagt, die Autokratie hat gesiegt. Ein Ergebnis mit weitreichenden Folgen – für die Syrer, den Nahen Osten, Europa und die Welt.

Präsident Baschar al-Assad bleibt an der Macht und wird in den kommenden Monaten die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zurückzugewinnen – in Idlib mit Waffengewalt, im Nordosten durch eine schleichende Übernahme der kurdischen Selbstverwaltung. In Syrien geht es weiter wie bisher, nur schlimmer.

Assads Herrschaft erfordert Loyalität, die er mit Klientelismus erzeugt und mit Angst erzwingt. Die beiden Säulen seiner Macht sind deshalb treu ergebene Geschäftsleute und ein weit verzweigter Geheimdienstapparat. Wer das Regime stützt wird belohnt, wer es ablehnt wird bestraft.

Die Geheimdienste sind so mächtig wie nie. Lokale Milizen machen, was sie wollen. Es wird bestochen und erpresst, gedroht und entführt, geplündert und gestohlen. Ging die Willkür vor dem Krieg ausschließlich vom Staat aus, sind die Syrer nun auch nicht-staatlichen und ausländischen Akteuren ausgeliefert.

Das pseudosozialistische, neokapitalistische Wirtschaftssystem hat zu einer Symbiose zwischen Unternehmern und Regimevertretern geführt. Durch die von Assad vorangetriebene Liberalisierung und die Kriegswirtschaft der vergangenen Jahre sind Herrschafts- und Vermögensstrukturen in Syrien miteinander verschmolzen. Regimenaher „crony capitalists“ profitieren von der Privatisierung öffentlichen Eigentums, von Schmuggel und der Bildung von

Monopolen im Dienstleistungssektor. Macht und Geld sind in Syrien nicht voneinander zu trennen, was bei humanitärer Hilfe und beim Wiederaufbau zu beachten ist.

Während Teile des Landes in Trümmern liegen, das syrische Pfund weiter an Wert verliert und laut UN mehr als 80 Prozent der Syrer in Armut leben, kümmert sich das Regime im Sinne der Herrschaftssicherung vor allem um seine Anhänger und Unterstützer. In Aleppo fließen UN-Gelder nicht in die am meisten zerstörten Wohnviertel im ehemals oppositionell verwalteten Osten der Stadt, sondern in Gebiete, deren Bewohner als regimetreu gelten. Im Süden von Damaskus baut die Stadtverwaltung auf den Ruinen zerbombter Mittelstands- und Arbeiterviertel nicht etwa Sozialwohnungen, sondern Luxusressorts. Frühere Bewohner werden enteignet oder mit lächerlichen Summen entschädigt.

Dieses Verhalten lässt sich von außen nicht beeinflussen, da es den Herrschenden das Überleben sichert. Seit Jahrzehnten sind Gesellschaft, staatliche Institutionen und Privatwirtschaft vom Regime vereinnahmt, sie bilden ein engmaschiges Geflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten. Jedes echte Zugeständnis – etwa die Entmachtung der Geheimdienste, Meinungs- und Pressefreiheit oder eine unabhängige Justiz – würde das System zum Einsturz bringen und die Machthaber in Damaskus existenziell bedrohen. Das syrische Regime ist folglich seinem Wesen nach unfähig zu wirksamen Reformen.

Diese Erkenntnis ist wichtig für ausländische Akteure, die im Umgang mit Damaskus eine Strategie suchen. Vergeblich bemühen sich die USA und Europa seit 2012 um einen „glaubwürdigen politischen Übergang“ inklusive Machtübertragung, Übergangsregierung, neuer Verfassung und demokratischer Wahlen unter UN-Aufsicht.

Das von Staatschefs und Außenministern wiederholte Mantra, der Konflikt könne nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden, ist zur peinlichen Floskel verkommen. Sie entlarvt die Strategielosigkeit und Handlungsunfähigkeit des Westens. Denn sie missachtet eine Grundregel der Diplomatie, der zufolge eine Verhandlungslösung erst dann möglich ist, wenn sämtliche Konfliktparteien keinen Sinn mehr darin sehen weiterzukämpfen. Militärische Eskalation darf sich für keine Seite mehr lohnen,

Fortsetzung auf Seite 4

Kann er auch Politik?

Der neue russische Ministerpräsident Michail Mischustin steht vor einem Gang über ein Minenfeld

VON VIKTOR LOSCHAK

Seinen Namen erfuhren 86 Prozent der von Soziologen befragten Russen erst, als Michail Mischustin zweiter Mann im Staat geworden war. Inzwischen kennen sie sein schönes Lächeln und das willensstarke Gesicht eines Menschen mit Charakter. Aber in der Regierung gibt es so viele Neulinge, dass das Land noch einige Zeit zu tun hat, sich mit seiner neuen Führung bekannt zu machen.

Mischustin kehrte vor zehn Jahren in den Staatsdienst, nachdem er zwischenzeitlich Gesellschafter eines privaten Investmentunternehmens gewesen war, weshalb es seiner Familie seit langem sehr gut geht: Viel Geld, große Häuser an der berühmten Rubljowka, seine Söhne und nahen Verwandten sind wohlhabend.

Um möglichen Gerüchten über die Provenienz des Vermögens des neuen Premiers zu begegnen, gab die Geschäftsführerin der Investmentgesellschaft UFG Invest Group, Polina Gerasimenko, vor Kurzem der Nachrichtenagentur RBK ein Interview: In den zwei Jahren seiner Tätigkeit als Gesellschafter dieses Unternehmens habe Mischustin 2,5 Millionen Dollar verdient, im Verlauf von weiteren fünf Jahren hätten nahe Verwandte, die seinen Anteil an dem Trust übernahmen, noch einmal 33,5 Millionen Dollar erwirtschaftet.

Der neue Ministerpräsident schreibt Gedichte und Lieder, spielt nach Gehör Klavier, liebt Tennis und spielt mit dem Präsidenten Eishockey in der „Nacht-Hockey-Liga“. Davon abgesehen gehörte er aber nie zu Wladimir Putins engem Umkreis und zählt auch jetzt nicht dazu. Er ist das neue Gesicht der Macht, das die Russen schon seit langem sehen wollten.

Während der Fahrt in ein in der Stadt Dubna bei Moskau gelegene Forschungszentrum erklärte mir ein guter Freund in aller Kürze, wer dieser Mischustin ist. Auf einem Feld in der Nähe der Straße stehen Hallen, in denen sich das Rechenzentrum der Steuerbehörde Russlands befindet. Mischustin ist ein Steuerrevolutionär. Mit Hilfe der Digitalisierung hat er dieses fiskalisch desolate Land im Hinblick auf Technologie und Effektivität der Erfassung und Eintreibung von Steuern fast zu einem der vorbildlichsten in der Welt gemacht. So ist gerade die Steuerverwaltung zu einem fortschrittlichen Zentrum für die Erfassung wirtschaftlicher Informationen geworden, wodurch es nun möglich wird, mit Hilfe umfangreicher Daten sozioökonomische Prozesse in ganz Russland besser zu verstehen.

Vierundfünfzig Jahre ist ein gutes Alter, um Ministerpräsident zu werden. In diesem Alter ist eine solche Herausforderung interessant, und man ist weise genug, sie richtig anzunehmen. Wozu Putin, der im Grunde selbst das gesamte russische politische System verkörpert, Mischustin braucht, ist offensichtlich: Nach dem gerade stattfindenden Umbau der Verfassung zu urteilen, hat der Präsident die Absicht, „zu gehen, um zu bleiben“. Dafür braucht er nicht nur eine neue Verfassung, sondern auch eine funktionierende Wirtschaft und ein zufriedenes Land.

Die Qualität der Verwaltung in Russland war jedoch bis zum Beginn des Jahres 2020 so niedrig, dass die Regierung es nicht einmal fertigbrachte, auch nur die vorhandenen Ressourcen auszuschoöpfen: 2018 wurden 770 Milliarden Rubel nicht ausgegeben, im vergangenen Jahr eine Trillion. Dieses Geld war vor allem für nationale Projekte verplant und hätte wenigstens ein kleines Wirtschaftswachstum herbeiführen können.

Putin hat nirgends von einer *Carte blanche* für den neuen Ministerpräsidenten gesprochen, aber die Zusammensetzung des neuen Kabinetts tut es umso deutlicher: Mischustin hat mehrere seiner Vize-Ministerpräsidenten und Minister ernannt, und Putin hat die beiden letzten seiner alten und ihm nahestehenden Kollegen aus der Regierung entfernt: Dmitri Kosak und Witali Mutko.

Es war Kosak, der Putin in das Petersburger Rathaus holte, wo für den ehemaligen Offizier des KGB ein neues Leben im Staatsdienst begann. Mischustin hat seine Regierungsmannschaft selbst zusammengestellt, vielleicht ist es nun möglich, die bisherige Regierungspraxis zu beenden, über den Kopf des Ministerpräsidenten hinweg mit dem Präsidenten zu kommunizieren. Mischustins Vorgänger nahm häufig nicht einmal an den Sitzungen des Präsidenten mit seiner Regierung teil.

Wer bleibt, das sind die Angehörigen der Sicherheitsdienste und des Militärs, die Silowiki. So wird das vielleicht wichtigste Problem der russischen Entwicklung konserviert – die fast schon institutionalisierte Alimentierung der Silowiki durch die Wirtschaft. Die geistige Wurzel dieses Problems liegt in einem pervertierten Verständnis von Gerechtigkeit: Stillschweigend gilt, dass ein Beamter, der beim FSB oder bei der

Fortsetzung auf Seite 6

Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

ПЕТЕРБУРГСКИЙ
ДИАЛОГ

Fortsetzung auf Seite 4